

FDP Brandenburg · Dortustraße 53 · 14467 Potsdam

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus  
und Rassismus  
Mittelstraße 38/39  
14467 Potsdam

Potsdam, 30. Juli 2024

Freie Demokratische Partei  
Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle  
Dortustraße 53  
14467 Potsdam  
M: lvbrb@fdp.de  
T: 0331 29 16 41

[www.fdp-brandenburg.de](http://www.fdp-brandenburg.de)

## Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus

### Frage 1

**Würde Ihre Partei mit der AfD in irgendeiner Form zusammenarbeiten? Wenn ja, warum und unter welchen Bedingungen?**

**Welche konkreten Angebote macht Ihre Partei den eigenen Vertreter\*innen in der Kommunalpolitik, um sie in ihrer Haltung gegen Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit zu bestärken?**

### Antwort der FDP Brandenburg

Wir Freie Demokraten richten uns mit aller Kraft gegen Bestrebungen, unsere demokratische und offene Gesellschaft zu diskreditieren. Die Freiheit jeder und jedes Einzelnen muss die Richtlinie demokratischer Politik bleiben. Hass und Ausgrenzung dürfen keinen Weg in unsere Gesellschaft finden. Wir treten unverändert dafür ein, dass für jede und jeden Einzelnen die Würde und die individuelle Freiheit gewahrt bleiben. Mit allen unseren Grundüberzeugungen und Prinzipien sind wir Freie Demokraten ein Gegenpol zur AfD. Die AfD vertritt völkisches und nationalistisches Denken und treibt die Spaltung unserer demokratischen Gesellschaft gezielt voran. Sie vertritt offen rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische und homophobe Positionen mit dem Ziel, rechtsextremes Gedankengut in unserer Gesellschaft zu verankern. Sie schürt Hass gegen einzelne Bevölkerungsgruppen und lehnt die Vielfalt der unterschiedlichen Lebensformen in unserem Land ab. Wir bekräftigen daher, dass wir es auf allen Ebenen und in jeder Hinsicht ablehnen, mit der AfD zusammenzuarbeiten oder eine Abhängigkeit von der AfD in Kauf zu nehmen – sei es bei Wahlen zu politischen Ämtern oder bei Abstimmungen über politische Sachfragen.

Wir fördern aktiv den Austausch und die Vernetzung unserer kommunalen Mandatsträger, um Strategien gegen Extremismus und für die Stärkung der Demokratie gemeinsam zu entwickeln und umzusetzen.

### Frage 2

**Plant Ihre Partei den Schutz von Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt zu verbessern? Falls ja, was ist vorgesehen?**

**Wie kann eine langfristige und stabile Finanzierung professioneller Unterstützungsstrukturen wie der Opferperspektive garantiert werden?**

### Antwort der FDP Brandenburg

Die FDP setzt sich nachhaltig dafür ein, den Schutz von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt zu verbessern. Dies beinhaltet sowohl die Verstärkung der Justiz durch mehr Personal und bessere technische Ausstattung als auch spezialisierte Schulungen für die Strafverfolgungsbehörden.

Frage 3

**Auf welche Art und Weise unterstützt Ihre Partei Kommunalpolitiker\*innen bei antidemokratischen Anfeindungen? Und kommt diese Unterstützung auch Vertreter\*innen anderer demokratischer Parteien zugute?**

Antwort der FDP Brandenburg

Wir unterstützen die Striesener Erklärung und rufen dazu auch unsere Mitglieder auf. Das heißt: Wir verurteilen jede Art von körperlicher Gewalt. Demokratischer Streit, auch im Wahlkampf, wird mit Worten ausgetragen. Wir schützen uns, parteiübergreifend, gegenseitig gegen Angriffe von Demokratiefeinden. Wir sorgen mit einem respektvollen Umgang auch selbst dafür, dass die Stimmung nicht weiter aufgeheizt wird. Wir streiten hart in der Sache, aber verbindlich im Ton.

Frage 4

**Welchen Stellenwert hat das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg für Ihre Partei und wie soll es zukünftig ausgestattet werden?**

Antwort der FDP Brandenburg

Wir unterstützen das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und setzen uns dafür ein, es programmatisch weiterzuentwickeln, um den Herausforderungen von heute effektiv begegnen zu können.

Frage 5

**Setzt sich Ihre Partei dafür ein, mehrjährige Projektförderungen zu ermöglichen? Wie können Demokratieprojekte künftig stärker unterstützt werden?**

**Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um den Schaden für zivilgesellschaftliche Projekte abzufedern, wenn öffentliche Fördermittel auf kommunaler und auf Landesebene kurzfristig ausfallen?**

Antwort der FDP Brandenburg

Zivilgesellschaftliche Projekte verdienen Klarheit und Planungssicherheit. Wir setzen uns daher dafür ein, dass es nicht zu unvorhersehbaren Ausfällen öffentlicher Fördermittel kommt. Der Idee mehrjähriger Projektförderungen stehen wir grundsätzlich offen gegenüber.

Frage 6

**Braucht Brandenburg eine Koordinierungsstelle Stolpersteine? Wenn ja, wie kann deren Arbeit langfristig garantiert werden? Welchen Umfang sollte sie haben?**

Antwort der FDP Brandenburg

Wir befürworten eine Stärkung der Erinnerungskultur und wollen bestehende Initiativen, die sich dieser Aufgabe widmen, besser miteinander vernetzen. Dabei kommt der Stelle des Antisemitismusbeauftragten eine besondere Bedeutung zu. Die Errichtung einer speziellen Koordinierungsstelle für Stolpersteine halten wir in diesem Kontext nicht für notwendig.

Frage 7

**Wie können die bestehenden Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus auf kommunaler oder auf Landesebene mehr Wirkung entfalten?**

**Wie kann die Zivilgesellschaft bei der Entwicklung von Handlungskonzepten gegen Rechtsextremismus und Rassismus besser beteiligt werden?**

Antwort der FDP Brandenburg

Für eine stärkere Wirkung der Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus setzt sich die FDP für eine bessere Koordination zwischen staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft ein. Hierbei sollen insbesondere die Expertise und die Erfahrungen der zivilgesellschaftlichen Akteure stärker in die Entwicklung und Umsetzung der Konzepte einfließen.

Frage 8

**Wie kann die unabhängige wissenschaftlichen Forschung zu rechtsextremen Strukturen und Netzwerken in Brandenburg weiter ausgebaut werden?**

Antwort der FDP Brandenburg

Die unabhängige wissenschaftliche Forschung zu Extremismus und Radikalisierung wollen wir verstärkt fördern. Sie ist die Grundlage für effektive Präventionsarbeit.

Frage 9

**Wie will Ihre Partei garantieren, dass Debatten über Flucht und Migration auf Basis der universellen Menschenrechten geführt werden? Wie gedenkt sie dahingehend auf ihre Vertreter\*innen einzuwirken?**

**Wie könnten migrantische Organisationen stärker unterstützt werden?**

Antwort der FDP Brandenburg

Es ist ein Kernbestandteil unserer politischen Ethik, die Menschenrechte in allen politischen Debatten zu achten und zu schützen.

Frage 10

**Wie garantiert Ihre Partei einen sicheren und angstfreien Schulalltag für migrantische, queere und demokratische Jugendliche? Auf welche Art und Weise schützt Ihre Partei Jugendliche vor antidemokratischen Anfeindungen im Schulkontext?**

**Hat Ihre Parteien Strategien zum Umgang mit rechtsextremen Einstellungen von Jugendlichen?**

**Wie unterstützt Ihre Partei demokratische Jugendbildung?**

Antwort der FDP Brandenburg

Wir werden eine Null-Toleranz-Strategie gegen Diskriminierung und Mobbing an Schulen verfolgen. Lehrkräfte werden wir gezielt und regelmäßig in der aktiven Erkennung und Bekämpfung von Mobbing sowie im Umgang mit Täterinnen, Tätern und Opfern schulen. Regelmäßige Aufklärungsveranstaltungen an Schulen sind nötig, in denen gegen Mobbing vorgebeugt wird. Wir setzen uns für eine angemessene Ausstattung der Schulen mit Schulsozialarbeitern ein.

Schulen müssen Orte der Vielfalt sein. Politischem wie religiösem Extremismus müssen Schulleitungen, Bildungsministerium und Polizei daher entschlossen Einhalt gebieten. Neben der professionellen Aus- und Fortbildung bei Konfliktbewältigung und Deeskalation ist die Fürsorgepflicht des Staates dabei essenziell. Wir werden den Lehrkräften bei der schwierigen Aufgabe der Werte- und Demokratievermittlung engagierter den Rücken stärken, als dies bislang der Fall ist. Die Schülerinnen und Schüler unseres Landes müssen in ihrer Schullaufbahn ganz selbstverständlich mit Politikerinnen und Politikern in Kontakt gebracht werden, um Demokratie erlebbar zu machen.

Wir setzen uns dafür ein, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal innerhalb der Schullaufbahn eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus besucht.